

## Frauen demonstrieren für rechtsextreme Parteien wie die NPD, DVU oder ProNRW.

Aktivistinnen aus Partei und Kameradschaft marschieren. Rechte Kandidatinnen wollen in die kommunalen Parlamente.

**Frauen rechtsextremistisch aktiv?** Immer öfter treten Frauen als aktive Rechtsextreme organisiert auf: in der NPD-Frauenorganisation Ring nationaler Frauen (RNF), in der Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF). Frauen treten bei rechtsextremen Aktionen wie in alltäglichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf und vertreten ihre rassistischen und ausgrenzenden Positionen.

### Das Medienbild: »Neonazis sind jung, männlich, gewalttätig.«

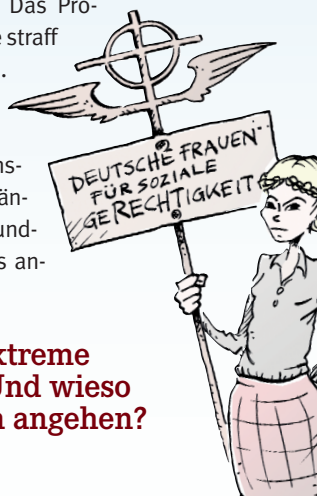
Nun zeigen rechtsextreme Frauen, dass Rechtsextremismus auch »Mädelsache« ist (NPD-Werbung). In einigen rechtsextremen Parteien ist der Frauenanteil inzwischen ebenso stark wie in anderen Parteien, in der NPD liegt er bei 25 %, Tendenz steigend. Laut Umfragen sind Frauen genauso rassistisch eingestellt wie Männer und treten nicht minder militant und gewalttätig auf.

### Rechtsextreme nehmen Raum durch soziales Engagement:

Frauen arbeiten in Kindergärten und Schulen, Elternbeiräten, Vereinen und Nachbarschaftshilfen mit. So werden sie als freundliche Bürgerinnen wahrgenommen. Doch sie unterhöheln die demokratische Gesellschaft mit ihrer rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Idee einer »Volksgemeinschaft«, die Wohlstand und Rechte ausschließlich für »Volkssdeutsche« fordert.

**»Neonazis haben ein Geschlecht«** Das Programm der Rechtsextremen zeigt, wie straff die Geschlechterrollen festgelegt sind. Durch die zugeteilten Aufgaben der Geschlechter in der »Volksgemeinschaft« bleiben Frauen ganze Lebensbereiche verschlossen, weil diese »Männersache« seien. Erziehung und Gesundheit stehen Frauen aber offen, da es angeblich der Natur entspricht.

**Was wollen rechtsextreme Frauen erreichen? Und wieso müssen wir dagegen angehen?**



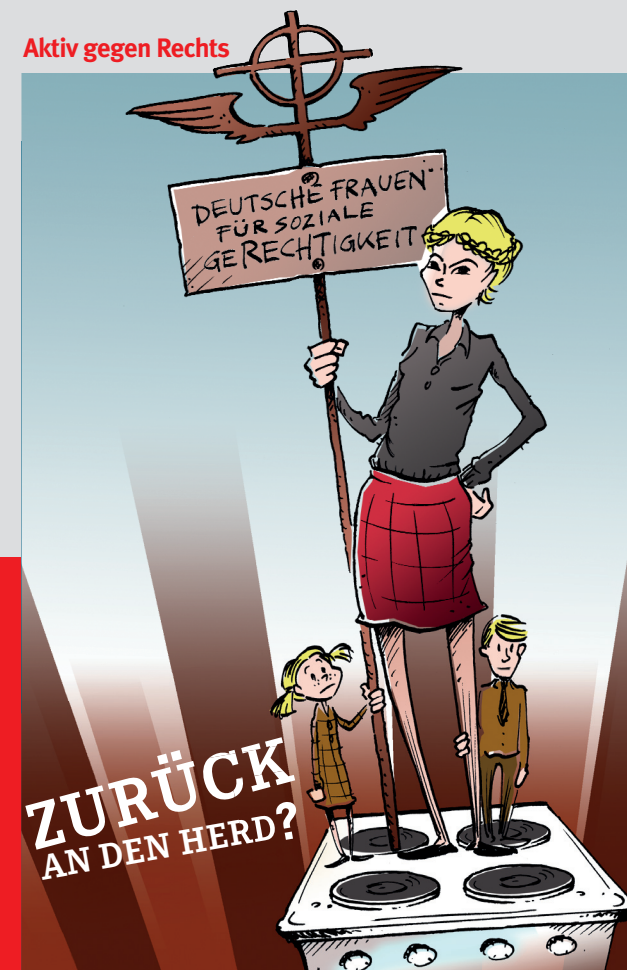
Jede und jeder entscheidet, sich einzumischen, wenn andere ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Jede und jeder entscheidet, NeonazistInnen, die ihre Ideologie verbreiten, entgegenzutreten.

**Sagt Nein** zu Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft – sagt Nein zu rassistischen Phrasen als Erklärungen für gesellschaftliche Probleme

Vor allem **sagt Ja** zu einer solidarischen Gesellschaft, in der Frauen und Männer unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung gleiche Rechte haben.

Anlässe gibt es vielerorts: im Betrieb, in Elternbeiräten von Kindergärten, Schulen, in Vereinen und auch im Bekanntenkreis.

Weitere Infos unter [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)



Den Einflussnahmen und Positionen rechtsextremer Frauen **entgegentreten.**

Herausgeber  
IG Metall-Vorstand  
FB Frauen- und Gleichstellungspolitik  
Ressort Migration  
Helga Schwitzer (V.i.S.d.P.)  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
60329 Frankfurt  
Redaktion: apabiz  
Konzept, Grafik: Peter Bisping  
Lektorat: SprachKontor  
Illustrationen: Roger Colshorn

Juli 2009 | PNR 16466-23709

## Rechtsextreme Frauen wollen: »Gleiche Rechte – verschiedene Pflichten«

Rechtsextreme meinen, dass Männer und Frauen unterschiedliche Fähigkeiten haben, die angeboren sind. Die Rollen von Frauen und Männern sind in ihren Augen also biologisch vorbestimmt. Im Weltbild der Rechtsextremen ist es die Pflicht der Frau, als Hausfrau und Mutter zu arbeiten.

### Denn für Rechtsextreme haben »Frauen vor allem Mütter zu sein«

Neonazistinnen wenden sich offen gegen die Emanzipation der Frauen von alten Rollenbildern. Sie wollen tatsächlich: Frauen zurück an den Herd. Die Probleme arbeitender Frauen nehmen die Rechtsextremen deshalb auch gar nicht erst zur Kenntnis: In ihrer Propaganda tauchen sie mit keinem Wort auf.

Traditionelle Rollenbilder diskriminieren Frauen, denn sie verstärken das Armutsrisiko und bestehende Geschlechterungleichheiten. Frauen wollen erwerbstätig sein. Wir brauchen mehr geschlechtsneutrale Rollenbilder – und nicht weniger! Geschlechter(-rollen) werden gemacht und sind nicht angeboren.

**Wir wollen Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Gesellschaft und im Betrieb. Dazu gehört, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind. Wir fordern: »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« – für Frauen und Männer, Deutsche und MigrantInnen, für Stammbelongschaftern und LeiharbeiterInnen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen. Wir wollen eine Frauenquote in Aufsichtsräten und fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

## Rechtsextreme Frauen fordern: »Müttergehalt statt Elterngeld!«

Das von der Großen Koalition eingeführte Elterngeld hat dazu geführt, dass mehr Väter nach der Geburt zu Hause bleiben. Rechtsextreme sehen in dem Programm den Versuch, die Mütter von den Kindern zu trennen.

### Denn sie wollen: »Mütter müssen zu Hause bleiben!«

Wer für ein Müttergehalt eintritt, der will die Frauen an die Hausarbeit und in der Ehe fesseln. Erwerbstätige Frauen, die alleinerziehend sind oder deren Kinder von anderen betreut werden, gelten den Rechtsextremistinnen als »nicht normal« und müssen daher bekämpft werden.

**Wir haben für die Einführung des Elterngeldes gekämpft.** Das Elterngeld fördert ein partnerschaftlicheres Erziehungsmodell, bei dem beide Elternteile berufstätig und für die Kindererziehung zuständig sind. Außerdem ermöglicht es Müttern und Vätern finanziell, die Kinder nach der Geburt zu betreuen.

**Wir brauchen und fordern mehr öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten!** Nur mehr sozialversicherungspflichtige Teilzeit- und Vollzeitjobs lassen existenzsichernde Erwerbstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren.

## Rechtsextreme sagen: »Gemeinschaft stärken – Familien fördern!«

### sie fordern die Einführung eines Hausfrauen- und Müttergehaltes.

Familienpolitik ist in Deutschland Dauerthema. In die Diskussion mischen sich auch Rechtsextreme ein. Sie verlangen, dass Kindergeld nur an deutsche Familien bezahlt wird. Eine »intakte deutsche Familie« gilt Rechtsextremen wie vielen anderen auch als einzig mögliche »Grundlage der Gemeinschaft«.

**Denn sie wollen: Familien für die Volksgemeinschaft!** Rechtsextreme wollen eine »deutsche Volksgemeinschaft« errichten. Ihre »soziale Gemeinschaft« steht nur Familien mit »blutsdeutschen Vorfahren« offen. Dieses Ziel hatten schon die Nationalsozialisten. Angeblich, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern, wollen sie alle, die nicht deutscher Herkunft sind, aus Deutschland vertreiben.

Im Klartext: Die Familienförderung der Rechtsextremen ist nur Mittel zu deren rassistischem und menschenverachtendem Ziel. Ihre »deutsche Volksgemeinschaft« grenzt nach ethnischer Herkunft, politischen Einstellungen und gesundheitlichem Leistungsvermögen aus. Sie lässt keine individuellen Vorstellungen von Partnerschaft und Familiengründung zu.

**Wir fordern ein gutes Leben für alle** – soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen. Wir setzen uns ein für eine tolerante Gesellschaft, die frei ist von Rassismus und Ausgrenzung und die allen EinwohnerInnen des Landes gleiche Teilhabechancen bietet.